

## Verteidigung der zivilen Gesundheitsversorgung in Berlin

Das Gesundheitswesen in Berlin wurde seit Jahrzehnten kaputtgespart. Verantwortlich sind alle Parteien, SPD, CDU, Die GRÜNEN und auch DIE LINKE.

Die Beschäftigten der beiden großen öffentlichen Krankenhäuser, Charité und Vivantes haben immer wieder den gemeinsamen Kampf für „Mehr Personal und TVöD für alle“ mit ihrer Gewerkschaft ver.di aufgenommen.

### **„Mehr von uns ist besser für alle!“ - Gegen Personalnotstand im Krankenhaus!**

„Es ist der Normalzustand und nicht der Streik, der unsere Patienten gefährdet!“ Die Unterbesetzung und die nicht mehr tragbare Arbeitsbelastung akzeptieren die Beschäftigten nicht mehr. Ihr Ziel mit ver.di: Ein Tarifvertrag mit einem festgelegten Personalschlüssel.

Den erkämpften die Kolleginnen und Kollegen von Vivantes und Charité von August bis Oktober 2021 in einem einzigartigen gemeinsamen Streik. Doch das Personal wird nicht wie erforderlich eingestellt, der Personalschlüssel des Tarifvertrags wird unterlaufen, ungleiche Bezahlung gilt weiter, Betten werden weiter abgebaut zu Lasten der Patientinnen und Patienten, aber auch der Beschäftigten. **Der Senat verweigert sich!**

### **TVöD für Alle: Rückführung schnellstmöglich!** (Koalitionsvertrag CDU-SPD 2023-2026)

Zu einer funktionierenden Krankenhausversorgung gehören alle Berufsgruppen, und Voraussetzung ist gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Prekäre Löhne kann kein Kollege, keine Kollegin mehr akzeptieren! Die ausdrückliche Forderung nach Rückführung stellten erstmals 2015 die Kolleg:innen der Therapeuten-Tochtergesellschaften bei Vivantes und Charité auf, die in einem jahrelangen Kampf schließlich gemeinsam erfolgreich den TVöD und die Rückführung



eroberten. Auch die Charité-Tochter CFM und die Vivantes Service GmbH mobilisieren sich seit Jahren/ Jahrzehnten gegen tarifvertragsfreie Zonen und für den TVöD. Sie alle wissen genau, dass der Senat von Berlin für ihre prekären Arbeitsbedingungen verantwortlich ist, der aber sein Wahlversprechen aus den Koalitionsverträgen in schändlicher Weise bricht.

## **Senat verweigert ausreichende Finanzierung**

Die Krankenhäuser sind unterfinanziert, da der Senat 100% der dringend notwendigen Investitionen verwehrt. Dazu ist er zwar gesetzlich verpflichtet. In der Praxis wurde die jahrelange Kaputtsparpolitik fortgesetzt, ob unter Rot-Rot, Rot-Rot-Grün oder jetzt Schwarz-Rot. Die Krankenhäuser erhalten ungefähr die Hälfte der notwendigen Mittel, den Rest erwirtschaften sie mit Niedriglohn und Personalkürzungen.

## **„Krankenhausreform“ für Bettenabbau, Krankenhausschließungen & -privatisierungen.**

Die von Lauterbach eingeleitete Krankenhausreform hat schon tiefe Spuren hinterlassen: Der Senat befürwortete z.B. 2022 die Teilschließung des Wenckebachkrankenhauses, Gebäude stehen seitdem ungenutzt auf dem Gelände.

Die Kinderurologie der DRK Klinik Westend wurde schon Anfang 2025 geschlossen, die Schlosspark-Klinik ist seit Ende Januar 2026 zu, die Schließung der DRK Klinik Mitte ist geplant; die Park-Klinik Weißensee und das Jüdische Krankenhaus sind insolvent, die Gesundheitssenatorin Czyborra zeigt sich scheinbar besorgt, doch alles verläuft nach Plan. Der „Senat setzt Krankenhäuser einer eiskalten Marktlogik aus“, so Peter Bobbert von der Ärztekammer Berlin.

## **Kriegstüchtige Krankenhäuser?**

Ärzteinitiativen warnen vor der Illusion, dass ein Krieg führbar, beherrschbar oder gar gewinnbar sei und rufen auf, sich nicht instrumentalisieren zu lassen für die Vorbereitung auf einen Krieg durch die Kriegsertüchtigung des Gesundheitswesens. Inzwischen werden die Krankenhäuser in Berlin schon für den Kriegsfall umgerüstet. Das geht auf Kosten der zivilen Gesundheitsversorgung.

Wir fordern:

**Keine Krankenhausschließungen! Verteidigen wir die zivile Gesundheitsversorgung!**

**Für ein Sofortprogramm zur Rettung der Krankenhäuser!**

**Dafür müssen wir gemeinsam handeln und uns organisieren.**

---

**Aufgabe des BSW und der AGBSW** ist es, heute eine Kraft gegen die Kriegs-Politik der Regierung unter Kanzler Merz zu organisieren. Für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, des Sozialstaats und der Demokratie gegen die Angriffe der Regierung. Dazu wollen wir beitragen. Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass man nicht erfolgreich für soziale Forderungen kämpfen kann, ohne die Fragen der Kriegspolitik und Kriegsvorbereitung mit aufzunehmen. Diese Gedanken tragen wir auch in unsere Gewerkschaften.

Interesse? Melde dich bei: [info@agbsw.de](mailto:info@agbsw.de)

AGBSW im Internet: [agbsw.de](http://agbsw.de)

AGBSW-Kanal auf Telegram: [t.me/AGBSW](https://t.me/AGBSW)

---

AGBSW Berlin c/o BSW Berlin, Wallstr.61, 10179 Berlin; josephinehyret@gmail.com

Webseite:



Facebook:

